

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

bisherige Beratungsfolge		Sitzungs- termin	Abstimmungsergebnis			
			einst.	mit Mehrheit		Ja- Stimmen
			angen.	abgel.		
1	Stadtrat	26.03.2003				
2						
3						

Betreff

Abschlussbericht der Aktion „Verwaltungsvereinfachung/ Schlanke Verwaltung“

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen
- 6 -

Beschlussvorschlag

-

Sachverhalt

Ausgangssituation

Basierend auf einem Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 06.02.2003 wurde in der Sitzung der Reformkommission am 16.05.2003 entschieden, dass eine Umfrage zur Einholung von Verbesserungsvorschlägen durchgeführt wird. Als Medien wurden eine

- Bekanntmachung durch Rundschreiben innerhalb der Stadtverwaltung (Anlage 2),
- Auslegung eines Merkblattes mit Fragebogen an den städtischen Infoständen (Anlage 3),
- Veröffentlichung in der Stadtzeitung einschl. der Möglichkeit einer e-Mail-Rückantwort (Anlage 4)

eingesetzt.

Durchführung der Umfrage

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Aktion war sehr gering. Obwohl der Fragebogen in der Stadtzeitung abgedruckt wurde (Auflage 60.300 Stück), 2.000 Exemplare an den städtischen Informationsständen ausgelegt wurden und explizit auf die Antwortmöglichkeit per E-Mail hingewiesen wurde, sind insgesamt nur 26 Antworten eingegangen (15 Fragebögen Stadtzeitung, 10 Fragebögen Infoständer und 1 E-Mail-Antwort). Das endgültige Auswertungsergebnis ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Auswirkungen und Erkenntnisse

Diese geringe Beteiligung führte zwangsläufig zu einer geringen Aussagekraft der Aktion. Die im einzelnen Fragebogen aufgeworfene Meinungsäußerungen erscheint nicht repräsentativ. Dies ist umso problematischer, da viele Beteiligte bei Gesamtbetrachtung ihres Antwortbogens offensichtlich einen Einzelfall, den sie erlebt haben, als Grundlage für die Beantwortung sämtlicher Fragen verwendeten.

Besondere Schwerpunkte der Kritik sind nicht erkennbar.

Bei den besonders publikumsintensiven Ämtern Bürgeramt und Kfz-Zulassung wurde mehrmals über lange Wartezeiten geklagt. BA und SVA wurden hierzu um eine entsprechende Stellungnahme gebeten (vgl. Anlagen 5 und 6). Beide Fachämter teilten mit, dass eine Verkürzung der Wartezeiten nur durch eine bessere Personalausstattung zu erreichen wäre. Dies ist aber aufgrund der derzeit angespannten Haushaltslage in absehbarer Zeit nicht möglich.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	Budget-Nr.
		im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. POA zur Versendung mit der Tagesordnung

III. POA/Org

Fürth, 11.10.2004

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
H. Wörnlein, POA/Org

Tel.:
1303